

Mürztaler Volksstimme

Kindberg - St. Barbara



POSTWURFSENDUNG
im Sinne des Parteiengesetzes
18A041515 E



Information der **KPÖ** Mürztal Mitte

Nr 7 Oktober 2018

Klein, aber mit Biss!

Regierungsschwindel: Die Pensionen werden immer weniger wert



Der Pensionsschmäh läuft schon wieder: Die Regierung lobt sich selbst für die Erhöhung von 2,6 Prozent. Dabei steigen die Preise für den täglichen Bedarf um 5,5 Prozent! Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler (KPÖ):

„Unsere Pensionen werden immer weniger wert. Was Kurz und Strache als Erfolg für die ältere Generation verkaufen wollen, ist eine Mogelpackung!“

2019 gibt es für kleine Pensionen eine Erhöhung um 2,6 Prozent, das gilt aber nur für die kleinsten Pensionen. Die Regierung stellt das als eine soziale Wohltat dar. Dabei verschweigt sie, dass die offizielle Inflationsrate schon längst bei 2,2 Prozent liegt. Der Wocheneinkaufskorb ist sogar um 5,5 Prozent gestiegen. Lebensmittel, Energie, Zug und Bus und das Wohnen werden immer teurer.

Claudia Klimt-Weithaler: „Die Forderung des Zentralverbandes der Pensionisten nach 4% für alle Pensionen und zumindest einen Sockelbetrag von 64 Euro für Pensionen unter 1.600 Euro wäre gerecht gewesen. Als Vergleich könnte man heranziehen, dass bei den 1,1 Millionen Pensionen bis 1.115 Euro 80% Frauen betroffen sind, deren Erhöhung für 2019 unter 29 Euro liegen wird, was nicht einmal die Hälfte des für die Höchstpensionen beschlossenen Sockelbetrages von 68 Euro ausmacht.“

Die Diskriminierung der Frauen in Berufsleben und Pension wird damit fortgeschrieben.“

Es ist eine traurige Tatsache, dass die Pensionistenverbände von VP und FP diese Minierhöhung auch noch loben. Dabei

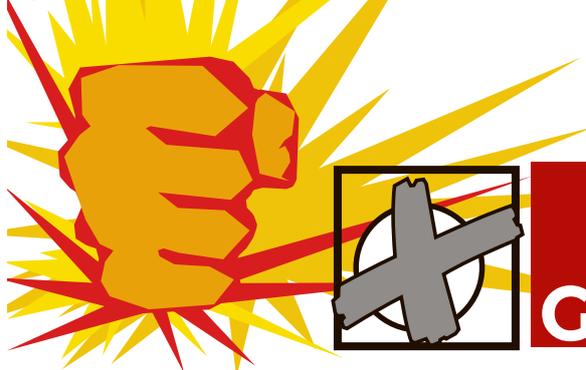


wurde der überparteiliche Seniorenrat vor der Regierungsentscheidung nicht einmal gefragt. Claudia Klimt-Weithaler: „Schwarz-Blau hat schnell gelernt, wie man den Pensionsschmäh einsetzt. Im Grunde genommen wird die Kaufkraft der Pensionen von Jahr zu Jahr niedriger. Es gibt keinen Grund, dass sich ÖVP und FPÖ wegen einer Erhöhung unter der Inflationsrate auf die Schulter klopfen. Der tägliche Einkauf wird nach offiziellen Angaben um 5,5 Prozent teurer. Aber die Politiker haben schon lange vergessen, wie die Mehrheit der Bevölkerung lebt.“

ARBEITERKAMMERWAHL 28.3 BIS 10.4.2019

Die Arbeiterkammer ist die Pflichtversicherung der arbeitenden Menschen zur Einhaltung ihrer Rechte. Alle unselbstständig Beschäftigten – auch „Geringfügige“ – dürfen wählen, am besten den Gewerkschaftlichen Linksblock - KPÖ!

**Alle Räder stehen still wenn
dein starker Arm es will**



KPÖ

GLB

Die Fakten

Pensionisten mit einer Pension bis zu 1.115 Euro erhalten 2,6% Erhöhung. Von 1.115 bis 1500 Euro gibt es eine Einschleifregelung von 2,6% herunter auf 2%.

Von 1.500 bis 3.402 Euro beträgt die Erhöhung nur mehr 2%.

Bei mehr als 3.402 Euro gibt es einen Höchstbetrag von 68 Euro im Monat.

Das alles sind Bruttobeträge.

AUS DEM GEMEINDERAT KINDBERG



Kein Ruhmesblatt, Herr Bürgermeister!

Anfang Oktober fand die Gemeinderatssitzung in Kindberg statt. In der Fragestunde richtete ich an den Bürgermeister die Frage ob es schon etwas Positives – sprich eine

Erhöhung – der Kindberger Zuschüsse für Ferien- bzw. Erholungsaufenthalte gibt. In der Gemeinderats-Sitzung vor der Sommerpause präsentierte ich nämlich dem Gemeinderat konkrete Zahlen über die Zuschussleistungen der Nachbargemeinden. Bei diesem Vergleich liegt Kindberg am untersten Ende und das wäre somit kein Ruhmesblatt für die Gemeinde. Mein Ansinnen wurde in einem Ausschuss behandelt und dieser kam zu einem meiner Meinung nach unbefriedigenden Ergebnis.

Da bereits in Kindberg sehr viele Förderungen ausbezahlt würden und unsere Gemeinde bei schulischen Aktivitäten sowie bei Vereinen laut dem Bürgermeister im oberen Mittelfeld agiere braucht es keine Erhöhung. Bisher sei noch kein Bürger zu ihm gekommen weil er zu wenig Förderung erhält. Ich denke, Kindberg hätte hier ein klares Zeichen für soziale Politik setzen müssen!

Ich möchte nicht wissen, wie hoch die Dunkelziffer der Personen ist, die gar nicht über Förderungen informiert sind oder sich vielleicht gar nicht trauen zur Gemeinde zu gehen und einen Zuschuss zu beantragen. Wäre mein Antrag durchgegangen, hätte es für Kindberger Familien eine klare und spürbare Hilfestellung gegeben. Die Schere zwischen Arm und Reich klappt immer mehr auseinander und gerade in solchen Zeiten ist eine soziale Politik unerlässlich. Ganz im Sinne unseres Leitspruchs „Geben statt nehmen“.

Senioren Tageszentrum Kindberg

Meine zweite Anfrage bezog sich auf die zukünftige Verwendung des neu errichteten Senioren-Tageszentrums des Sozialhilfeverbandes im Pflegeheim Kindberg. Ich bekam zur Antwort, dass dort zur Zeit nur geturnt und gespielt wird. Leider habe sich die finanzielle Situation des Sozialhilfeverbandes anders entwickelt und die Gemeinde hätte für die Betreuung selbst aufkommen müssen, so der Bürgermeister. Da drängt sich schon die Frage auf: Wie seriös läuft es ihm Sozialhilfeverband ab? Da wird Geld in die Errichtung eines an und für sich notwendigen Senioren-Tageszentrums gesteckt und nach Fertigstellung ist plötzlich kein Geld mehr für den Betrieb dieser Einrichtung da...

AREA m styria

Dieses Konstrukt, mit Sitz in Kapfenberg, hätte die Aufgabe, die Region Obersteiermark-Ost mit den Kernkompetenzen Technologie und Werkstoffe zu vermarkten. Seit Jahren finanzieren mehrere Gemeinden diese GmbH. Müzzzuschlag ist schon vor ein paar Jahren ausgetreten. Auch für Kindberg stellt sich die Frage, welchen Nutzen dieses Konstrukt für uns gebracht hat und was es in Zukunft bringen soll. Meine Forderung dazu wäre, ebenso wie Müzzzuschlag, den Austritt zu beschließen. Wir könnten dieses Geld selber auch gut verwenden, da braucht es keine Area m Styria GmbH

Gernot Omerovic

Kindererholung: Die Fakten

Zuschussleistungen der diversen Gemeinden:

St. Barbara: € 10,00/Tag = 210.-

Mürzzuschlag: € 60.- pro Woche= 180.-

Spital am Semmering: € 7,00/Tag = 147.-

Kindberg: € 2,20/Tag, max. 21 Tage = 46,20

Ein 2-Wochen-Turnus kostet zum Beispiel 550 €.

Zuschüsse gibt es vom Sozialhilfeverband, vom Land Steiermark, diversen Betriebsräten. Auch die Gemeinden fördern diese wichtige Einrichtung. Trotzdem bleiben rund 280-400 €

Restkosten für eine Durchschnittsfamilie.

Festveranstaltung der KPÖ 26. Oktober:

Freitag, 26. Oktober 2018 ab 14 U



OPA, REBELL

musiktheater um den partisanen sepp filz



Im Anschluss an die Aufführung gibt es **Austropop vom Feinsten** mit

„**Mir söwa**“, das sind die Brüder Heimo und Günther Zebrakowsky

AUS DEM GEMEINDERAT ST. BARBARA



Was uns Auf- und Einfällt...

St. Barbara Gemeinderatssplitter vom 27. September

...dass die FPÖ gemeinsam mit der ÖVP gegen eine **Erhöhung der Ferienwohnungsabgabe** gestimmt hat. Diese Abgabe betrifft im ganzen Gemeindegebiet lediglich 19 Personen die hier einen Nebenwohnsitz haben. Für diese Personen bekommt die Gemeinde keinerlei Steuermittel des Bundes. Daher gibt es nur die Möglichkeit die Ferienabgabe einzuheben.



...dass Bürgermeister Jochen Jance auf die Kritik von Prüfungsausschussvorsitzenden Jürgen Berger, alle Unterlagen hätten mindesten sieben Tage vor der Gemeinderatssitzung den Gemeinderäten offen zu stehen, mit einem lapidaren „**wird zur Kenntnis genommen**“ antwortete.



...dass **neue Darlehen** in Höhe von insgesamt 795.000 Euro beschlossen wurden. 200.000 Euro für den Straßenbau, 300.000 € für Bauvorhaben, 265.000 € für die Kanalisation in Wartberg, sowie 30.000 € für die Sanierung der Gemeindewohnungen.



...dass bei den meisten Punkten der Sitzung **Einstimmigkeit** vorhanden ist und sind sich alle Fraktionen einig sind.

Für Frieden und Neutralität!

Jahr im Clix-Kunsthhaus Mürzzuschlag

Alle haben einen OPA. - so einen nur wenige... Musiktheater um den obersteirischen Arbeiter und Partisanen SEPP FILZ

...seine Arbeitskämpfe, seine Walz, seine bewaffneter Widerstand gegen die Nazidiktatur.

8 Songs illustrieren diese einmalige Lebensgeschichte vom Zerfall der Monarchie über Austrofaschismus und Faschismus bis zum Staatsvertrag. Die Geschichte der steirischen Arbeiterbewegung bekommt einen Namen...

Der Trofaiacher Theaterautor Wini Hofer entwirft das Porträt des Donawitzer Arbeiters vor einer oft vertuschten oder verbogenen Zeitkulisse.

Die 33-jährige Iris Stern vertont 7 Songs des Autors – vom Matrosenaufstand von Cattaro bis zum Todesmarsch ungarischer Juden nach Mauthausen.

Die Wiener Formation „geschichten im ernst“ stellt das Musiktheaterprojekt mit Schauspielerin Christina „Nena“ Kiesler auf die Bühne.



Eintritt: 5 €

Gemeinderat in St. Barbara offenbart Abhängigkeiten

Die letzte Gemeinderatssitzung in St. Barbara hat am 27. September stattgefunden. Schon vor diesem Termin ist festgestanden, dass die Gemeinde neue Kredite zur Finanzierung ihrer laufenden Gebarung benötigen würde. Daher ist eine entsprechende Ausschreibung an verschiedene Banken in der Region ergangen. Die Angebote sind nun dem Gemeinderat zur Abstimmung vorgelegen.

Das Angebot mit den günstigsten Konditionen wurde einstimmig angenommen. Allerdings hätte sich der Gemeinderat gewünscht, langfristig vom derzeit sehr niedrigen Zinsniveau profitieren zu können. Daher ist in den Kreditansuchen auch die Aufforderung, ein Anbot mit einer fixen Verzinsung vorzulegen, enthalten. Doch keine der angeschriebenen Banken hatte sich dazu bereit erklärt, einen Fixzinssatz für länger als zwei Jahre zu gewähren.

Wie ist das möglich?

Seit der Privatisierungswelle der 90er Jahre sind fast alle kommunalen Sparkassen durch Fusionierungen privatisiert worden. Sie haben daher keinen öffentlichen Auftrag mehr und sind auch nicht mehr unter öffentlicher Kontrolle. Das ist ein Trend, der sich seit dem Beitritt in die Europäische Union noch wesentlich verschärft hat, und betrifft nicht nur den Bankensektor, sondern auch kommunale Betriebe und Gemeindewohnungen.

Woher kommt das?

Der Prüfungsausschuss der Gemeinde St. Barbara zeigt eine weitere Einschränkung der kommunalen Handlungsfähigkeit auf. Die Gemeinde hat aktuell 7,7 Millionen Euro an Haftungen übernommen. Diese Haftungen dienen zur öffentlichen Absicherung für private Investoren. Jetzt sollen noch zwei Millionen für ein Projekt auf der Brunnalm hinzukommen. Dies ist aber nicht zulässig, da der Stabilitätspakt mit der EU eine Obergrenze für kommunale Haftungen vorsieht.

Die Gemeinde darf diese zusätzlichen Haftungen zwar nun doch aufnehmen, weil das Land seine Zustimmung gegeben hat, doch gilt hier das sog. „Solidaritätsprinzip“. Das heißt, dass der Betrag, der einer Gemeinde zusätzlich zur Verfügung gestellt wird, von den anderen Gemeinden abgezogen wird. – Das Recht des einen ist also die Einschränkung des anderen.

Der Kindberger KPÖ-Gemeinderat Gernot Omerovic, meint dazu: „Von Haftungen, die mit Steuergeld private Investitionen absichern, halte ich nichts. Aber es sollte ein grundlegendes Recht einer Gemeinde sein, das selbst entscheiden zu können. Jeder private Bürger kann das ja auch.“

Knebelverträge mit System

Diese Einschränkungen aber, die durch Stabilitätspakt und Co. gesetzt sind, betreffen aber eben nicht nur Haftungen. Auch Verschuldungshöhe und Neuverschuldung werden damit beschränkt. Dazu kommt noch, dass Ausgelagerte Betriebe (Ges.m.b.H.s) nicht ins Defizit gerechnet werden müssen und damit einen Sonderstatus gegenüber kommunalen Betrieben (Öffentliches Recht) haben. Mit Sparpolitik und Bevorzugung von Privatgesellschaften wird also der Privatisierung, und damit auch der Abhängigkeit der Gemeinden von privaten Gesellschaften, Vorschub geleistet.

Thomas Pierer

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Verleger, Herstellung und F.d.Inhalt verantwortlich: Andreas Fuchs. E-Mail: a.fuchs@kpoe-steiermark.at // DVR: 0600008

Druck: Kurz Mürzzuschlag, **Offenlegung:** DieMürztaler Volksstimme – Informationsblatt der KPÖ Mürztal Mitte – dient der Information der Bevölkerung im Sinne der Arbeit der KPÖ Steiermark. Das Blatt ist unabhängig von kommerziellen Interessen jeglicher Art und tritt für eine Stärkung und Demokratisierung des solidarischen Sozialsystems und gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen ein.

8 Prozent: Strom wird teurer

KPÖ warnt vor Preissteigerungen bei Fernwärme

Um 8 Prozent, das sind etwa zwei Euro pro Monat soll der Strom beim steirischen Energieanbieter EStAG ab 2019 teurer werden. Das kündigte der Konzern am 25. September an. Andere Faktoren, auf die die EStAG keinen Einfluss hat, sollen aber dazu führen, dass die Teuerung bei den Haushalten nicht ankommt. Die EStAG beruft sich darauf, dass die Preise im Großhandel stark angestiegen seien und seit Jahren keine Erhöhung stattgefunden habe. 2012 gab es eine Senkung des Stromtarifs. Die KPÖ erinnert aber daran, dass diese Senkung nicht die stark gesunkenen Preise an der Strombörse widerspiegelt hat.



KPÖ-LAbg. Werner Murgg: „In den letzten Jahren war der Strompreis im Keller, bei den Haushaltskunden ist von den günstigen Preisen an der Strombörse aber kaum etwas angekommen. Kaum ziehen die Preise wieder an, kündigt die EStAG eine Strompreiserhöhung an. Es ist zu befürchten, dass das nur der Beginn einer Teuerungswelle für Energie ist, denn bei der Fernwärme ist mit hohen Preissteigerungen zu rechnen. Die Sprecher der KPÖ-Mürztal Mitte betonen, dass die Preissteigerungen bei den Energiekosten langfristig auch das Wohnen verteuern werden: „Diese Teuerung ist hausgemacht. Die EStAG ist zu Dreiviertel im Besitz des Landes Steiermark. Eigentümervertreter ist SPÖ-Landeshauptmannstellvertreter Schickhofer“.

Grazer Pflegemodell landesweit einführen!

Niemand soll gezwungen sein, in ein Pflegeheim zu gehen, nur weil er sich mobile Pflegedienste nicht leisten kann.

Das ist der Grundgedanke des neuen Kliententarifmodells der Stadt Graz. Das erfolgreiche Konzept soll auf die gesamte Steiermark ausgedehnt werden, fordert KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler. Ein Antrag an den Landtag wurde eingebracht.

Viele pflegebedürftige Menschen wären gesundheitlich durchaus in der Lage, in den eigenen vier Wänden zu bleiben. Sie müssen aber in ein Heim, weil die Kosten für Hauskrankenpflege, Pflegeassistenz oder Heimhilfe so hoch sind, dass mit der verbleibenden Pension Miete und Lebensunterhalt nicht mehr bestritten werden können. „Mit dem Grazer Modell ermöglichen wir es pflegebedürftigen Menschen, in der vertrauten Wohnumgebung zu bleiben“, freut sich der Grazer Pflegestadtrat Robert Krotzer (KPÖ), der das Modell in der Landeshauptstadt eingeführt hat. Den Betroffenen bleibt die Höhe der Mindestpension von 863 Euro erhalten – unabhängig vom Betreuungsausmaß, das sie zuhause in Anspruch nehmen. Dafür sorgen automatische Ausgleichszahlungen der Stadt, die im neuen Kliententarifmodell für die mobile Pflege- und Betreuung und die Hauskrankenpflege vorgesehen sind. KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler: „Das Land hat viel zu lange auf profitorientierte Heime gesetzt, jetzt fällt der Ausstieg aus dem teuren System schwer. Graz zeigt, dass Verbesserungen möglich sind, ohne dass die Kosten steigen. Sowohl die Pflegebedürftigen als das Land würden von einer raschen Umsetzung profitieren!“

Retten wir unser Gesundheitssystem:
Die Broschüre ist als PDF unter <https://tinyurl.com/Gesundheit-KPOE> online abrufbar. Bestellung im Landtagsklub der KPÖ, Herrngasse 16, 8010 Graz, Tel. 0316/877-5104 bzw. unter ltk-kpoe@stmk.gv.at



Retten wir unser Gesundheitssystem!

Helfen statt Reden!

Geben statt nehmen!

SOZIALBERATUNG DER KPÖ IN KINDBERG UND ST. BARBARA

UNABHÄNGIG – VERTRAULICH – KOSTENLOS – KOMPETENT

Fragen zu Mindestsicherung, Wohnungsprobleme, familiäre Fragen,

arbeitsrechtliche und andere Probleme.

Der nächste Sprechtag findet am Freitag den **2. November** ab 15 Uhr statt.

Bitte eine telefonischen Voranmeldung unter

0650 2710550 oder per E-Mail: kpoemuerz@gmail.com

Sie erhalten die genaue Information über Ort und Zeit.

fürchtet euch nicht!
KPÖ